Dienststelle	Geschäftszeichen
	Vergabe-Nr.

Vorblatt nicht offenes Verfahren

1. Elektronische Vergabeunterlagen und Bekanntmachung

1.1 ☐ Vergabeunterlagen im Projektraum des Vergabemarktplatzes Bbg (VMP Bbg) eingestellt.

☐ Ja. Die Vergabeunterlagen sind frei, unmittelbar und direkt verfügbar (§ 41 Abs.1 VgV).

☐Nein. Es liegt ein Fall des § 41 Abs. 2 und 3 VgV vor (Hinweis Tz. 11 Formular **1.2 EU**).

Alternative Übermittlung von Vergabeunterlagen oder Zugriff hierauf:

1.2 ☐ Veröffentlichung

☐ Veröffentlichungstext für Auftragsbekanntmachung im VMP Bbg gefertigt und an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union elektronisch übermittelt sowie zusätzlich gesandt an

☐ www.bund.de

☐ Sonstige:

1.3 ☐ ggf. alternative Übermittlung von Vergabeunterlagen oder Zugriff hierauf (Hinweis auf Tz. 1.1):

erledigt (NZ., Datum)

2. Teilnahmewettbewerb

2.1 Sammlung eingegangener Teilnahmeanträge in den Ausnahmefällen des § 53 VgV

Dokumentation für die Sammlung schriftlich eingegangener Teilnahmeanträge (Formular **1.7 EU**) vorbereitet an die Sammelstelle für Teilnahmeanträge weitergeleitet.

erledigt (NZ., Datum)

Ausgefüllte Dokumentation über die Sammlung (Formular **1.7 EU**) nebst eingegangenen schriftlichen Teilnahmeanträgen erhalten.

erledigt (NZ., Datum)

_____

2.2 Öffnung und Zusammenstellung der Teilnahmeanträge

Öffnung der elektronischen/schriftlichen Teilnahmeanträge durchgeführt und Dokumentation gemäß Formularen **1.7 EU** und **1.8 EU** gefertigt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

2.3 Prüfung der Teilnahmeanträge und Bewerberauswahl

Das Ergebnis der Prüfung der Teilnahmeanträge und der Bewerberauswahl wurde im Formular **1.7 EU** dokumentiert.

Hinweis:

Seit dem 1. Dezember 2021 haben registrierte Auftraggeber (öffentliche Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB sowie Konzessionsgeber nach § 101 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB) die **Möglichkeit**, elektronisch über das Web-Portal des Wettbewerbsregisters beim Bundeskartellamt abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen in Bezug auf diejenigen Bewerber vorliegen, die der Auftraggeber zur Abgabe eines Angebots auffordern will (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 Wettbewerbsregistergesetz - WRegG). Weitere Erläuterungen und Hinweise zum Registrierungsprozess sowie zum Wettbewerbsregister finden Sie auf den Seiten des Bundeskartellamtes.

☐ Es werden alle Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert.

☐ Es soll nur eine begrenzte Anzahl Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

☐ Folgender ausgewählter Bewerber wird wegen nachgewiesener Verfehlungen als unzuverlässig von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Name des Bewerbers:

erledigt (NZ., Datum)

_____

Nach Ausschluss des Bewerbers, der ursprünglich zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollte, wurde eine neue Auswahlentscheidung getroffen und das Ergebnis in Formular **1.7 EU** dokumentiert.

erledigt (NZ., Datum)

_____

2.4 Aufforderung zur Angebotsabgabe

☐ Die ausgewählten Bewerber wurden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

☐ ggf. alternative Übermittlung von Vergabeunterlagen oder Zugriff hierauf (Hinweis auf Tz. 1.1)

erledigt (NZ., Datum)

_____

2.5 Benachrichtigung nicht berücksichtigter Bewerber

☐ Den nicht berücksichtigten Bewerbern wurden unmittelbar nach der Entscheidung über deren Nichtberücksichtigung die dokumentierten Ablehnungsgründe mit Formular **2.7 EU** mitgeteilt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

3. Angebotssammlung in den Ausnahmefällen des § 53 VgV

Dokumentation für die Sammlung schriftlich eingegangener Angebote (Formular **1.9 EU**) vorbereitet an die Angebotssammelstelle weitergeleitet.

erledigt (NZ., Datum)

_____

Ausgefüllte Dokumentation über die Sammlung (Formular **1.9 EU**) nebst eingegangenen schriftlichen Angeboten erhalten.

erledigt (NZ., Datum)

_____

4. Öffnung und Zusammenstellung der Angebote

Öffnung der elektronischen/schriftlichen Angebote durchgeführt und Dokumentation gemäß Formularen **1.9 EU** und **1.10 EU** gefertigt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

5. Prüfung und Wertung der Angebote

Das Ergebnis von Prüfung und Wertung der Angebote wurde im Formular **1.9 EU** dokumentiert.

erledigt (NZ., Datum)

_____

6. Vergabeentscheidung

Die Vergabeentscheidung wurde im Formular **1.9 EU** dokumentiert.

erledigt (NZ., Datum)

_____

Die Vergabeentscheidung soll

entweder

6.1 ☐ zur (Teil-)Aufhebung der Vergabe führen.

Die Gründe für die (Teil-)Aufhebung, die Entscheidung, auf einen Auftrag zu verzichten oder ein Verfahren neu einzuleiten, wurden mit Formular **1.11 EU** dokumentiert, Bieter und beteiligte Dienststellen wurden mit Formular **3.8 EU** informiert. Bekanntmachung über vergebene Aufträge im VMP Bbg gefertigt und innerhalb von 30 Tagen nach Entscheidung über die Aufhebung über den VMP Bbg elektronisch an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union versandt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

oder

6.2 ☐ zum Zuschlag führen.

Es wurde vor Bekanntgabe der Zuschlagserteilung zunächst

☐ elektronisch über das Web-Portal des Wettbewerbsregisters beim Bundeskartellamt abgefragt, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen bzgl. des Bieters, dem der Zuschlag erteilt werden soll, gespeichert sind (§ 6 Wettbewerbsregistergesetz - WRegG).

Hinweis:

Seit dem 1. Juni 2022 sind öffentliche Auftraggeber nach § 99 GWB **verpflichtet**, vor der Erteilung des Zuschlags in einem Vergabeverfahren mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro netto abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind.

Eine derartige **Abfragepflicht** besteht zudem für Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB sowie für Konzessionsgeber nach § 101 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB, jeweils sofern die EU-Schwellenwerte erreicht sind.

Für eine Abfrage im Wettbewerbsregister ist eine **vorherige Registrierung** notwendig. Erläuterungen und Hinweise zum Registrierungsprozess sowie zum Wettbewerbsregister finden Sie auf den Seiten des Bundeskartellamtes.

☐ Folgender ausgewählter Bieter wird wegen nachgewiesener Verfehlungen als unzuverlässig von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Name des Bieters:

Nach Ausschluss des Bieters, dem ursprünglich der Zuschlag erteilt werden sollte, wurde eine neue Vergabeentscheidung getroffen Daher: hier weiter mit **Nr. 11**, neues Formular **1.4 EU** anlegen und dort weiter mit **Nr. 6.**

erledigt (NZ., Datum)

_____

6.3 Vorabinformation über die Zuschlagserteilung und Mitteilung über die beabsichtigte Nichtberücksichtigung, § 134 GWB

6.3.1 Nach Abfrage des Wettbewerbsregisters wurden nicht zu berücksichtigende Bieter und nicht bereits nach Punkt 2.5 informierte Bewerber spätestens 10 Kalendertage[1] vor dem Vertragsschluss über die vorgesehene Nichtberücksichtigung ihrer Angebote bzw. Teilnahmeanträge, deren Gründe sowie den Namen des Bieters, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses in Textform auf **elektronischem Weg mit dem Formular 3.5 EU** informiert. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information. Auf den Tag des Zuganges beim Bieter kommt es nicht an.

Achtung

Fehlende Vorabinformation führt zur Unwirksamkeit des Vertrages, § 135 GWB.

6.3.2 Der Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll, wurde zeitgleich vorab mit Formular **3.6 EU** informiert.

6.3.3 Nach Ablauf dieser Frist und unter der Voraussetzung, dass kein Nachprüfungsverfahren eingeleitet wurde, wurde der Zuschlag (Formular 3.7 EU - Auftragsschreiben) erteilt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

Hinweise zu Maßnahmen nach dem Verpflichtungsgesetz

Bitte beachten Sie, dass in bestimmten Fällen der Auftragsvergabe, wenn der Auftragnehmer Aufgaben der öffentlichen Verwaltung übernimmt, dieser gegebenenfalls nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz – VerpflG –) u.a. zur Geheimhaltung der im Rahmen seiner Tätigkeit erlangten Informatio-

[1] 15 Kalendertage bei Versand der Mitteilung in Textform auf nicht elektronischem Weg (§ 134 Abs. 2 Satz 1 GWB)

nen verpflichtet werden muss. Auch Ziffer 15 der Richtlinie der Landesregierung zur Korruptionsprävention in der Landesverwaltung Brandenburg vom 7. Juni 2011 regelt unter Bezugnahme auf das Verpflichtungsgesetz die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen.

Nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 VerpflG soll derjenige, der bei einem Verband oder sonstigen Zusammenschluss, einem Betrieb oder Unternehmen, die für die Behörde oder sonstige Stelle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ausführen, beschäftigt oder für sie tätig ist, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet werden. Die Verpflichtung wird mündlich vorgenommen. Dabei ist auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hinzuweisen. Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift vorgenommen, die der Verpflichtete mit unterzeichnet. Er erhält grundsätzlich eine Abschrift der Niederschrift (§ 1 Abs. 2, 3 VerpflG). Die Zuständigkeit für die Verpflichtung regelt § 1 Abs. 4 VerpflG.

Ein Muster der Niederschrift ist der Richtlinie der Landesregierung zur Korruptionsprävention in der Landesverwaltung Brandenburg vom 7. Juni 2011 als Anlage 4 beigefügt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

7. Benachrichtigung der nicht berücksichtigten Bieter und Bewerber nach § 62 VgV

☐ Die nicht berücksichtigten Bieter/Bewerber wurden unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die erfolgte Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem unterrichtet (§ 62 Abs. 1 S.1 VgV).

☐ Es liegen Anträge von Bietern/Bewerbern vor

☐ ja, Absagemitteilung nach § 62 Abs. 2 VgV (Formular **3.9 EU)** wurde innerhalb von 15 Kalendertagen nach Antragseingang in Textform nach § 126 b BGB versandt.

☐ nein

erledigt (NZ., Datum)

_____

8. Abschluss des Projektraumes im Vergabemarktplatz

Der Projektraum wurde im VMP Bbg unter dem Menüpunkt „Abschluss“ geschlossen.

erledigt (NZ., Datum)

_____

9. Benachrichtigung beteiligter Dienststellen

Durchschrift Auftragsunterlagen (Auftragsschreiben, Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen) zur Kenntnis gesandt an (ggf. Hinweis auf gesonderter Vfg.):

erledigt (NZ., Datum)

_____

10. Lieferüberwachung/Rechnungslegung

Die Rechnung wird von der Beschaffungsstelle beglichen:

☐ Nein.

Alle die Zahlungsanordnung begründenden Unterlagen wurde an die anordnende Stelle [ ] abgesandt.

☐ Ja.

Lieferung überwacht (Annahmeerklärungen bzw. Lieferbescheinigung der Empfangsstellen liegen vor).

11. Bekanntmachung über vergebenen Auftrag

Bekanntmachung über vergebenen Auftrag nach § 39 Abs. 1 VgV wurde im VMP Bbg gefertigt (unter dem Menüpunkt „Abschluss“ wurde hierfür ein nachgelagerter Projektraum angelegt) und von dort innerhalb von 30 Kalendertagen nach Auftragserteilung elektronisch an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union abgesandt.

erledigt (NZ., Datum)

_____

12. Vergabestatistik

Die Meldung zur Vergabestatistik wurde im VMP Bbg (Menüpunkt „Vergabestatistik“) innerhalb von 60 Tagen nach Zuschlagserteilung angelegt und von dort elektronisch an Destatis übermittelt.

☐ Ja.

☐ Nein

☐ Die Meldung zur Vergabestatistik wurde innerhalb von 60 Tagen nach Zuschlagserteilung manuell über das Onlineformular erstellt und an Destatis übermittelt (IDEV-Verfahren).

erledigt (NZ., Datum)

_____

13. zum Vergabevermerk.

Im Auftrag

_____

Datum, Unterschrift